

Zur Rolle der Partei in der Arbeiterbewegung

Autor(en): **Beck, Renatus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 8-9

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339197>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Rolle der Partei in der Arbeiterbewegung

Ausgangspunkt

Die Arbeiterbewegung umfasst verschiedene Arten von Organisationen («Säulen»): Partei, Gewerkschaften, Produktiv- und Konsumgenossenschaften, Kulturorganisationen.

Ich habe unlängst in dieser Zeitschrift auf die Bedeutung jener vier Säulen hingewiesen («Für eine starke Arbeiter-Kulturbewegung», Profil 4/1976). In diesem Zusammenhang führte ich aus, dass diese «Säulentheorie» in den letzten Jahrzehnten von der schweizerischen Arbeiterbewegung arg vernachlässigt worden sei, was zu ihrer Schwäche und zu ihrem politischen Substanzverlust beigetragen habe. Wörtlich stellte ich fest: «So wirkt sich zum Beispiel negativ aus, dass die sozialdemokratische Partei die Führungsrolle nicht mehr übernimmt und ihre Zielsetzungen mit denen der (nicht parteigebundenen) Gewerkschaften vermengt.» Dieser letzte Satz, der dem Leser als blosser Behauptung erscheinen mochte, soll den Ausgangspunkt für die nachfolgenden Betrachtungen bieten. Sie handeln von den Aufgaben der Partei einerseits und der Gewerkschaften andererseits, der Agitationspflicht der Sozialdemokraten innerhalb der Gewerkschaften und führen mit Blick auf den Ist-Zustand zu einer Kritik am bestehenden Selbstverständnis der Partei beziehungsweise vieler ihrer Mitglieder. Natürlich sind diese Ausführungen, dem Wesen von «Profil» gemäss, als Diskussionsbeitrag zu verstehen; ich erhebe nicht den Anspruch, unumstössliche Betrachtungsweisen ins Feld zu führen.

Die Aufgabe der Partei

Ich bin der Ansicht, dass die Arbeiterpartei – in unserem Falle also die sozialdemokratische – grundsätzlich eine Art Wegweiser der gesamten Arbeiterbewegung darzustellen hat. Ihre Aufgabe ist es, die grossen Ziele zu klären und die Wege dazu vorerst in den grossen Linien festzulegen. Dies getan, ist sie instand gesetzt, die einzelnen politischen Ereignisse, Situationen, Vorlagen zu gewichten und auf Tauglichkeit beziehungsweise Schädlichkeit hinsichtlich dieser Ziele zu untersuchen. Auf Grund dieser Einschätzungen wird sie die praktischen Anleitungen und Anweisungen geben und durchführen.

Anerkennt man diese Aufgabenbestimmung, wird man folgern müssen, dass in den Reihen der Partei eine gewisse Einheitlichkeit der Auffassungen herrschen muss. Die SP kann die Wegweiserrolle nicht übernehmen, wenn in grundsätzlichen Fragen die einen ihrer Mitglieder hüst, die andern hott rufen. Aus diesem Grunde ist es unabdingbar, dass Neueintretende Recht und Pflicht haben, sich politisch-ideologisch zu schulen.

Die Aufgabe der Gewerkschaften

Anders präsentiert sich die Lage bei den Gewerkschaften. Deren erstes Ziel es ist, die Lohnabhängigen – ungeachtet zunächst ihrer Weltanschauung – organisatorisch zusammenzuführen, damit sie gegenüber den Kapitalbesitzern und -verfügern in den Betrieben eine starke Position einnehmen und ihre Arbeitsbedingungen ständig verbessern können. Die Zielsetzung ist also vorderhand nicht so hoch angesetzt wie bei der Partei. Jeder soll unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Gewerkschaft beitreten; im Vordergrund steht hier der Solidaritätsgedanke.

Zwischenbemerkung

Zu dieser summarischen Aufgabenzuweisung sind zwei Bemerkungen anzubringen:

1. Es ist durchaus möglich (und in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene wiederholt eingetreten), dass in der Beurteilung einzelner Fragen zwischen Partei und Gewerkschaften Differenzen auftauchen. Es wird den Sozialisten innerhalb der Gewerkschaften nicht immer gelingen, von Anfang an ihre Argumente verständlich zu machen und durchzusetzen. Das ist keineswegs tragisch, sofern sie nicht lockerlassen und unermüdlich weiter agitieren.

2. Es kann sehr wohl vorkommen, dass die politisch-wirtschaftliche Situation in bestimmten Momenten dazu führt, dass die Gewerkschaften zeitweilig die Führung des Kampfes übernehmen. Dies trifft vor allem in Ländern zu, wo einerseits in den Gewerkschaften traditionellerweise ein starkes Klassenbewusstsein herrscht und andererseits die Arbeiterpartei einen in seinen Grundstrukturen noch kapitalistischen Staat regiert (zum Beispiel Grossbritannien).

Parteimitglieder in der Gewerkschaft

Selbstverständlich bin ich nicht der Meinung, aus der dargestellten Aufgabenteilung ergebe sich ein unverrückbarer Zustand. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist jetzt die Pflicht der Parteimitglieder, innerhalb der Gewerkschaften die Ziele der Partei unablässig zu propagieren, neue Parteimitglieder zu rekrutieren, Schulung im sozialistischen Sinn zu betreiben. Das Ziel ist es, aus jedem Gewerkschafter einen Sozialisten zu machen. In gewissem Sinn stellen die Gewerkschaften einen Ort dar, wo noch vorhandene bürgerliche Auffassungen mit sozialistischen um die Vorherrschaft kämpfen. Es liegt an den Sozialdemokraten, den letzteren durch Unermüdlichkeit, Überzeugungskraft und Geschick (keine abstossende Indoktrination!) zum Durchbruch zu verhelfen. Dies setzt voraus, dass die agitierenden Parteileute mit den Verhältnissen in Gewerkschaft und Betrieben vertraut sind.

Bestehende Parteiwirklichkeit: Uneinheitlichkeit...

Die vorangehenden Zeilen stellen die Grobskizze eines Soll-Zustandes dar. Jedes von uns weiss, dass die derzeitige Realität anders aussieht. Sie ist mit schweren Mängeln behaftet. Diese führen dazu, dass die Partei ihre Wegweiserfunktionen in Gewerkschaften (und Bevölkerung) nicht erfüllen kann. Selbstverständlich sind diese Mängel zum Teil auf die ganze Entstehungsgeschichte unserer Arbeiterbewegung zurückzuführen; eine Tendenz zur Vermengung gewerkschaftlicher und Parteiarbeit besteht seit dem letzten Jahrhundert. Das ist aber keine Rechtfertigung.

Ein Hauptmangel der SP bildet die Uneinheitlichkeit der Auffassungen. Wohl gemerkt, bei kleineren taktischen Fragen ist dies nicht gravierend. Bedenklich aber ist, dass sich im Schosse der Partei in grundsätzlichen Fragen betreffend Gesellschaft, Wirtschaft und Staat tiefgreifende Gegensätze äussern. Nach meiner Auffassung ist es wenig sinnvoll, Befürworter und Gegner des Privateigentums an Kapital, Befürworter und Gegner der «freien Marktwirtschaft», Befürworter und Gegner der Volkspension usw. gleichzeitig als Sozialisten zu bezeichnen. Gerade dies ist aber in der SP der Fall. Die Vielheit der Auffassungen, in den Gewerkschaften am Anfang normal (aber durch die Arbeit der Sozialisten zu korrigieren!), ist in der Partei ebenso vorhanden. Wie soll sie da Wegweiser sein?

... falsch aufgefasste Meinungsfreiheit...

Im Gespräch mit Parteimitgliedern begegne ich bei der Diskussion dieser Fragen oft der Antwort: es ist schliesslich jeder frei, seine Meinung zu haben. Hier liegt offensichtlich ein Missverständnis vor. Natürlich gibt es im *Staat* ein Recht auf Meinungsfreiheit, und jeder soll sich für oder gegen die Planwirtschaft, die Fristenlösung usw. äussern können. Aber unsere *Partei* ist nicht identisch mit dem Staat, auch nicht dessen Abbild; sie soll im Gegenteil den Staat in bestimmter Richtung verändern. Sie kann also nicht ein Spiegel aller im (bürgerlichen!) Staat vorhandenen Meinungen sein. Es gibt ausserhalb der SP genug Leute, die sich gegen die Volkspension, gegen die Planwirtschaft usw. engagieren; wer diese Auffassungen teilt, möge sich dort anschliessen. Noch einmal: jeder darf seine freie Meinung haben, aber ein SP-Mitglied ist als solches (nicht als Staatsbürger) nicht frei, irgendwelche persönlichen Ansichten nach aussen (zum Beispiel in Behörden) zu vertreten.

... missverstandene Volkspartei-Idee...

Es mag sein, dass das Konzept der Volkspartei geeignet ist, hinsichtlich des Pluralismus von Auffassungen innerhalb der Partei falsche Vorstellungen zu erwecken. Gegen den Begriff der Volkspartei ist nichts einzuwenden, solange darunter verstanden wird: alle Teile der Bevölkerung,

die sich gegen die Herrschaft des Grosskapitals auflehnen, sollen in der SP Platz finden. Abzulehnen ist dagegen die Meinung, alle in der Bevölkerung herrschenden Ansichten und Ideologien könnten in der Partei bestehen. Dies wäre eine absurde Interpretation des Begriffs «Volkspartei»; auf diese Weise beraubte sich die SP die eigene Existenzberechtigung.

... und die Folgen

Hauptfolge dieser Zustände ist, kurz gesagt, die politische Stagnation der schweizerischen Arbeiterbewegung. Der Wegweiser fehlt, die politischen Vorstellungen bleiben unklar und vage. Gewiss nicht zu unterschätzende parlamentarische Einzelerfolge vermögen kaum darüber hinwegzutäuschen, dass die einzige Kraft, die objektiv zur bitter notwendigen Veränderung in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat berufen ist, gleichsam als gefesselter Riese die Herrschaft des Kapitals erduldet. Letztere sieht sich nur der Belästigung einiger neulinken Stechmücken ausgesetzt, mit denen sie leicht fertig wird.

Das Erfordernis: qualitative Verbesserung der Partei

Eine Forderung, die Partei müsse sich qualitativ verbessern, muss als Phrase erscheinen, sofern nicht zugleich Wege dazu skizziert werden. Als solche möchte ich vorschlagen:

1. Die Sektionen führen für alle Neueintretenden zum Beispiel alljährlich oder alle halben Jahre einen politischen Schulungskurs durch, welcher die Grundlagen der sozialistischen Politik vermittelt. (Dies gibt den neuen Mitgliedern zudem Gelegenheit, sich in die Sektion einzuleben.) Ich erinnere daran, dass beispielsweise der frühere bernische Parteisekretär Fritz Giovanoli ausgezeichnetes Material zusammengestellt hat.

2. Die Mitglieder der Sektion werden speziell für die Agitation in Gewerkschaften, am Arbeitsplatz usw. geschult, desgleichen für Arbeit im sozialistischen Sinn in den Behörden. Die Werbung von Neumitgliedern soll von Beginn an auf Grund überzeugender Argumente erfolgen. Es kann nicht im Interesse der Partei sein, möglichst viele Mitglieder zu zählen, die einmal aus Gutmütigkeit, um einem Freund gefällig zu sein, in die Partei eingetreten sind, später aber weder gedanklich noch aktiv am Parteileben teilnehmen. (Ich weiss – auch diese zahlen Beiträge; aber darf das der alleinige Gesichtspunkt sein?)

3. Die Arbeit der Partei muss sich verstärkt auch ausserhalb der Parlamente auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene zeigen. Die Tätigkeit eines Parlamentes findet in weiten Kreisen oft kaum Beachtung; direkter Kontakt, direkte Agitation sind für die SP von wesentlicher Bedeutung.

Zu einigen Einwänden

Ich höre bereits den Vorwurf, eine derartige Konzeption der Mitgliederpolitik entspringe einer elitär-sektiererischen Auffassung, wie sie bei kleinen marxistischen Parteien und Gruppen herrsche. Die SPS besitze ein Programm, und wer das unterschreibe, könne Mitglied sein, basta. Ich halte dem entgegen:

1. Die sozialistischen Lehren sind nicht elitär in dem Sinn, dass sie nicht jedermann – unabhängig von seiner Schulbildung – begreifbar wären. Wenn sie um die Jahrhundertwende von Arbeitern mit elf Stunden Tagesarbeit erworben werden konnten, ist nicht einzusehen, weshalb dies heute nicht möglich sein sollte.

2. Das Mitmachen an einem Schulungskurs (zum Beispiel 6 mal 1 Abend alle zwei Wochen oder im Monat) ist keine zu hohe Anforderung an ein Parteimitglied. Vom Mitglied eines Schwimmklubs erwartet man regelmässiges Training; von einem Sozialdemokraten darf man aktive Teilnahme an sozialdemokratischer Politik verlangen.

3. Jedermann weiss, dass Parteiprogramme à la Godesberg oder Winterthur praktisch von jedermann unterschrieben werden können, weil sie sehr vage abgefasst sind. In grundsätzlichen Auseinandersetzungen helfen sie erfahrungsgemäss nicht weiter: wer geschickt genug ist, wird sich allemal auf das Programm zu berufen wissen.

4. Kleine linke Gruppen als unwesentlich abzutun, ist eine gefährliche Selbsttäuschung. Man müsste einmal quantitativ die Effizienz einer solchen Gruppe mit derjenigen der SP, bezogen auf die Mitgliederzahl, vergleichen.

5. Verbreitung von sozialistischen Grundsätzen ist auch nicht elitär in dem Sinne, dass man über die Köpfe weiter Bevölkerungsteile hinwegredet und -arbeitet. Die Partei ist kein Meinungsforschungsinstitut, das die in der Bevölkerung existierenden Ansichten zu legitimieren hat. Die Partei hat als *Erzieherin* in dem Sinne zu wirken, dass die sozialdemokratischen Ideen in alle Schichten der Bevölkerung dringen.